



# HIN ZU EINER GEMEINSAMEN LEBENSMITTELPOLITIK FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

DIE FÜR DEN AUFBAU VON NACHHALTIGEN LEBENSMITTELSYSTEMEN IN EUROPA ERFORDERLICHE REFORM UND NEUAUSRICHTUNG DER POLITIK



ZUSAMMEN-  
FASSENDE  
DARSTELLUNG

Annahme des Berichts durch das IPES-Food Expertengremium: Februar 2019

Hauptautor: Olivier De Schutter

Recherche und redaktionelle Bearbeitung: Nick Jacobs, Chantal Clément, Francesco Ajena

Übersetzung: Henalex

Grafikdesign und Layout: Hearts&Minds





# EINLEITUNG

Dieser Bericht spricht sich für eine GEMEINSAME LEBENSMITTELPOLITIK für die Europäische Union aus: eine Politik, die die Fahrtrichtung für das gesamte Lebensmittelsystem festlegt, die die verschiedenen sektorbezogenen Politiken zusammenbringt, die sich auf die Erzeugung, Verarbeitung, Verteilung und den Verbrauch von Lebensmitteln auswirkt, und die alle Aktionen bezüglich des Übergangs zur Nachhaltigkeit neu ausrichtet.

Er betont die Zielkonflikte von bestehenden Politiken und das Potenzial für neue, zu etablierende Synergien. Der Bericht entwirft eine neue Governance-Architektur für Lebensmittelsysteme und stellt eine konkrete Vision der Politikreform und -neuausrichtung in den Vordergrund, die erforderlich ist, um nachhaltige Lebensmittelsysteme hervorzubringen. Er bietet ein Paket an Reformen, die unter fünf Schlüsselzielen gruppiert, sorgfältig nach kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen gestaffelt angeordnet und durch neue Wege der Gestaltung von Politiken untermauert sind.

Die ehrgeizigsten Reformen würden auf der Grundlage des Zurückforderns von Entscheidungsprozessen von den mächtigen Lobbys, des An-den-Tisch-Bringens neuer Akteure, des Gestaltens von Politiken auf demokratischere Weise und des Zulassens des Aufkommens neuer Prioritäten und neuer Interessenskoalitionen realisierbar werden. Mit anderen Worten: Eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik kann etwas erreichen, was die GAP, als Gemeinsame Agrar-Politik, nicht erreichen kann.

Die in diesem Bericht dargelegte Vision der Gemeinsamen Lebensmittelpolitik ist nicht nur die Ansicht von wissenschaftlichen Sachverständigen. Er stützt sich auf die kollektive Intelligenz von mehr als 400 Landwirten, Lebensmittelunternehmern, Aktivisten der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern, die während eines dreijährigen Forschungs- und Reflexionsprozesses hinzugezogen wurden. Er baut auch auf den Ergebnissen von wissenschaftlichen Bewertungen wichtiger Multi-Stakeholder, den neuesten Empfehlungen der EU-hauseigenen wissenschaftlichen Gremien und den Reformideen auf, die schon von dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den breiten Koalitionen der Zivilgesellschaft gebilligt wurden. Die Vision der Gemeinsamen Lebensmittelpolitik strebt deshalb danach, den zunehmenden Konsens darüber zu erfassen, was für den Aufbau von nachhaltigen Lebensmittelsystemen zu unternehmen ist.

---

# NACHHALTIGKEITSHerausforderungen: WARUM BENÖTIGEN WIR EINEN GRUNDLEGENDEN RICHTUNGSWECHSEL BEI LEBENSMITTEL- UND LANDWIRTSCHAFTSSYSTEMEN DER EU?

---

Die Lebensmittel- und Landwirtschaftssysteme erfordern einen grundlegenden Richtungswechsel angesichts der ernststen, vernetzten und systemischen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind:

**Umweltauswirkungen.** Europa verliert jedes Jahr 970 Millionen Tonnen Boden, wobei mehr als 11 % des EU-Gebiets von einer gemäßigten bis hohen Bodenerosion betroffen sind. Pestizide und stickstoffbasierte Dünger verursachen beispiellose Auswirkungen auf das Leben von Pflanzen und Insekten. Der Verlust der Artenvielfalt gefährdet einen Bereich von Umweltleistungen, einschließlich der Bestäubung von vielen Futterpflanzen, was zukünftige Erträge bedroht und ca. 3 % des globalen BIP pro Jahr kostet. Global gesehen tragen die Lebensmittel- und Landwirtschaftssysteme zu 30 % der Treibhausgas(THG)-Emissionen bei. Um bis zu 31 % der zur Deckung des EUNahrungsbedarfs benötigten Fläche befindet sich außerhalb von Europa. Die EU importiert jedes Jahr bis zu 22 Millionen Tonnen Tierfutter auf Sojabasis, auch aus südamerikanischen Ländern, wo Abholzung (verantwortlich für 20 % der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen), Räumungen, Pestizidvergiftungen und Rechtsverletzungen in intensiven Export-Anbauzonen vorgebracht worden sind. Die EU-Importe wurden auf fast ein Viertel des weltweiten Handels mit Soja, Rindfleisch, Leder und Palmöl geschätzt, resultierend aus der illegalen Rodung in den Tropen. Weniger als die Hälfte des EU-Verbrauchs an Fisch und Meeresfrüchten wird von der EU-Produktion befriedigt, was bedeutet, dass Europas Auswirkung auf die weltweiten Meeresressourcen auch enorm ist. Mit anderen Worten: Die EU lagert zunehmend die Umweltbelastung ihrer Lebensmittelsysteme aus. Diese Auswirkungen werden dadurch verschärft, dass etwa 20 % der in der EU produzierten Lebensmittel jedes Jahr verlorengehen oder verschwendet werden.

**Gesundheitliche Auswirkungen.** Die Umweltauswirkungen der Lebensmittel- und Landwirtschaftssysteme bedrohen über mehrere Wege die menschliche Gesundheit. Beispielsweise ist die Landwirtschaft für ca. 90 % der EU-Ammoniakemissionen verantwortlich und trägt somit maßgeblich zu der Luftverschmutzung bei, die jährlich 400.000 Europäer tötet. Die antimikrobielle Resistenz und die Belastung durch endokrin wirksame Substanzen (EDCs) über Lebensmittel, Lebensmittelverpackungen und Verschmutzungseinträge aus der Landwirtschaft von Wasserquellen rufen ebenfalls erhebliche externe Gesundheitseffekte hervor. Die Pestizidkonzentrationen im Grundwasser liegen in mehreren Mitgliedstaaten über den empfohlenen Höchstwerten. Die Lebensmittelsysteme sind über veränderte Ernährungsgewohnheiten auch ein Treiber der Gesundheitsauswirkungen. Über 50 % der europäischen Bevölkerung ist übergewichtig und mehr als 20 % sind fettleibig. Ungesunde Ernährung ist der wichtigste Risikofaktor für Krankheit und Sterblichkeit in Europa und betrifft ärmere Bevölkerungsgruppen am stärksten. Schlechte Ernährung ist für 49 % der Last an Herz-Kreislauf-Erkrankungen verantwortlich und ist somit die wichtigste Todesursache in der EU. Der Zugang zu gesunder und ausreichender Ernährung bleibt für Millionen unerreichbar. Heute ist einer von vier Europäern von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Im Jahr 2016 konnten sich 43 Millionen Menschen bzw. 9,1 % der EU-Bevölkerung keine hochwertige Mahlzeit jeden zweiten Tag leisten. Global gesehen leiden noch fast 800 Millionen Menschen an Hunger, während zwei Milliarden von einem Mikronährstoffmangel betroffen sind.



**Sozioökonomische Auswirkungen.** Schlechte Arbeitsbedingungen und Lebensunterhaltswänge sind weiterhin über die Lebensmittelsysteme hinweg zu beobachten, und zwar in einem Kontext schnell voranschreitender Konsolidierung und großer Machtungleichgewichte. 70 % der weltweiten agrochemischen Industrie ist jetzt in den Händen von nur drei Unternehmen und bis zu 90 % des weltweiten Getreidehandels werden von vier multinationalen Unternehmen kontrolliert. Im Jahr 2011 hatten die fünf größten Lebensmitteleinzelhändler in den dreizehn EUMitgliedstaaten einen kombinierten Marktanteil von über 60 %. Marktbeherrschende Akteure konnten Preise senken und Bedingungen in Lieferketten reduzieren – was sich auf saisonale Arbeitsmigranten, auf Personal des Einzelhandels und auf als Selbstständige arbeitende Zusteller auswirkte. Landwirte zahlen vor allem einen hohen Preis: Der Anteil am Wert der EU-Lebensmittelkette für die Landwirtschaft fiel von 31 % im Jahr 1995 auf 21 % im Jahr 2018, während die Landwirte mit einer 40 % Erhöhung der Input-Kosten zwischen 2000 und 2010 konfrontiert wurden. Im Zeitraum von 2003 bis 2013 verschwanden mehr als 1 von 4 Landwirtschaftsbetrieben von der europäischen Landschaft. Inzwischen gingen mehr als 100.000 Hektar EU Ackerfläche jedes Jahr an die städtebauliche/industrielle Entwicklung verloren. Auf ca. 3 % der Landwirtschaftsbetriebe besitzen jetzt 50 % der EU Ackerfläche und 20 % der Landwirtschaftsbetriebe machen 80 % der Zahlungen im Rahmen der GAP aus. Im Jahr 2010 war fast die Hälfte der Landwirtschaftsbetriebsinhaber über 55 Jahre alt und ein Viertel war über 65. Die Erosion der traditionellen Lebensmittelkulturen und das Aufkommen des hektischen urbanen Lebensstils hat auch die Nahrungszubereitungs- und Verzehrsgewohnheiten gewandelt, wodurch die Menschen von der Art der Lebensmittelerzeugung und Konzepten wie z. B. der Saisonabhängigkeit von Obst und Gemüse getrennt worden sind. Die Menschen verlieren das Vertrauen in die modernen Lebensmittelsysteme, auf die sie sich zunehmend verlassen. Bei einer kürzlichen Umfrage hat sich herausgestellt, dass nur 35 % der EUBürger Supermärkten vertrauen und nur 38 % vertrauten Lebensmittelherstellern in Bezug auf Informationen über Lebensmittelrisiken.

Gegenwärtige Antworten – ob von der öffentlichen Politik oder vom Privatsektor – setzen sich nicht angemessen mit den tiefgreifenden und miteinander verwobenen Herausforderungen hinsichtlich der Lebensmittelsysteme auseinander. Die gängigen Lösungen haben nur unser Vertrauen verstärkt auf ein hoch spezialisiertes, industrialisiertes, finanzialisiertes, standardisiertes und exportorientiertes Modell der Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung. Dieses Modell erzeugt systematisch versteckte Kosten („Externalitäten“), die nicht in den Einzelhandelspreisen enthalten sind, die aber von Menschen weltweit übernommen und an zukünftige Generationen weitergegeben werden.

---

# WAS IST EINE GEMEINSAME LEBENSMITTELPOLITIK UND WESHALB IST SIE ERFORDERLICH: 4 HAUPTGRÜNDE

---

Die verschiedenen Politiken, die sich auf Lebensmittelsysteme auswirken, müssen dringend reformiert werden, um den Klimawandel zu bewältigen, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, die Fettleibigkeit zu bremsen und den Landwirtschaftsbetrieb für die nächste Generation lebensfähig zu machen. Außerdem sind Änderungen in der Weise erforderlich, dass Politiken gestaltet und Prioritäten gesetzt werden. Im Folgenden identifizieren wir vier Hauptgründe, weshalb eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik für die EU zum Lösen dieser Probleme und für den Aufbau nachhaltiger Lebensmittelsysteme in Europa erforderlich ist:

## 1. INTEGRATION ÜBER POLITIKBEREICHE HINWEG

---

**Eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik wird benötigt, um Zielkonflikten und kostspieligen Ineffizienzen ein Ende zu bereiten.**

Die Politiken, die sich auf Lebensmittelsysteme in Europa auswirken – Landwirtschaft, Handel, Lebensmittelsicherheit, Umwelt, Entwicklung, Forschung, Bildung, Steuer- und Sozialpolitik, Marktregulierung, Wettbewerb und viele andere mehr – sind über viele Jahre *ad hoc* entwickelt worden. Mit dem Ergebnis, dass die Ziele und Instrumente sich in einer verwirrenden und ineffizienten Weise vervielfacht haben. Lücken, Unstimmigkeiten und Widersprüche zwischen den Politiken sind die Regel, nicht die Ausnahme. Ehrgeizige Strategien gegen die Fettleibigkeit koexistieren mit Agrarhandelspolitiken, die Schundnahrung billig und im Überfluss verfügbar machen. Die GAP bietet Prämien für Junglandwirte, neben einem Agrarsubventionsmodell, das die Landpreise nach oben treibt und den Zugang zu Land untergräbt. Die EU auferlegt strenge Umweltnormen, während die Beratungsdienste, die die Landwirte benötigen würden, um diese zu erfüllen, zur Unterstützung des Übergangs zunehmend schlecht ausgerüstet sind. Die EU ist kühne Verpflichtungen zur ‚Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung‘ und zum Angehen des Klimawandels unter dem Pariser Abkommen eingegangen, bei gleichzeitiger Förderung durch neue Handelsabkommen von verstärkten Exporten in den mit hohen Emissionen behafteten Fleisch- und Milchsektoren.

Es fehlen Mechanismen, um die Kompensationen und Widersprüche zwischen diesen konkurrierenden Politikzielen miteinander in Einklang zu bringen. In diesem Zusammenhang werden eher eng definierten Gewinnen der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit zum Nachteil der Nachhaltigkeit und öffentlichen Gesundheit die Priorität gegeben. Entscheidende Prioritäten fallen folglich durch die Maschen und äußerst schädlichen Trends wird es gestattet, weiterhin zu bestehen, sogar wenn sie riesige menschliche, ökologische und wirtschaftliche Kosten hervorrufen. Beispielsweise entfallen auf – häufig ernährungsbedingte – chronische Krankheiten 70 %-80 % der Kosten im Gesundheitswesen in der EU, während die Lebensmittelverschwendung 143 Milliarden € pro Jahr hinsichtlich verschwendeter Ressourcen und der Umweltbelastung kostet. Eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik würde diesen kostspieligen Ineffizienzen durch Ändern der Art und Weise wie Politiken gestaltet werden ein Ende bereiten: Sie würde so gestaltet werden, dass verschiedene Politiken in eine Kohärenz gebracht, gemeinsame Zeile etabliert und Kompensationen und versteckte Kosten (oder ‚Externalitäten‘) vermieden werden. Mit anderen Worten: Sie würde den Menschen und dem Planeten erhebliche Vorteile bringen und sich letztlich auszahlen.

## SEKTORÜBERGREIFENDE FÜHRUNG VON LEBENSMITTELSYSTEMEN: WELCHE ABTEILUNGEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION SIND INVOLVIERT?



### 2. INTEGRATION ÜBER GOVERNANCE-EBENEN HINWEG

Eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik ist für die Nutzbarmachung von BasisExperimenten und die Ausrichtung von Aktionen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene erforderlich.

Soziale Innovation und Experimente treten auf der lokalen Ebene rasch hervor, von gemeinschaftsunterstützten landwirtschaftlichen Vorhaben und Märkten der Landwirte bis zur Schaffung von lokalen Räten für Lebensmittelpolitik und urbanen Lebensmittelpolitiken. Diese Initiativen sind hinsichtlich der Nachhaltigkeit sehr vielversprechend (z. B. Verringern der Umweltauswirkungen und Zurückfordern von Wert für Kleinbauern/Lebensmittelunternehmen) und hinsichtlich der erneuten Verbindung von Akteuren (z. B. Erzeugern und Verbrauchern, Bürgern und lokalen Entscheidungsträgern) in einer Weise, die die Demokratie, Verantwortlichkeit und das Vertrauen in Lebensmittelsysteme wiederherstellt.

Jedoch sind die EU- und nationalen Politiken zum Fördern dieser Art von Experimenten schlecht ausgerüstet. Beispielsweise sind lokale Ernährungsinitiativen (z.B. kleine und / oder städtische Projekte) häufig nicht für eine Finanzierung durch die GAP geeignet. Wo unterstützende politische Rahmenbedingungen der EU existieren (z. B. Flexibilitäten bei der öffentlichen Beschaffung und Lebensmittelsicherheitsregeln zum Unterstützen von Kleinbauern) werden die Möglichkeiten nicht ausreichend kommuniziert, auf nationaler/lokaler Ebene unzulänglich umgesetzt oder konkurrierenden Prioritäten wie z. B. der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in konventionellen Märkten untergeordnet. Das Unterstützen der lokalen Experimente, das Fördern der sozialen Innovation und das Aufbauen von nachhaltigen Lebensmittelsystemen auf der territorialen Ebene bleiben eher *à la carte*-Optionen als Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten. Obwohl die Möglichkeiten für lokale und regionale Akteure existieren, bewährte Praktiken miteinander zu teilen, werden für EU-Entscheidungsträger weit weniger geschaffen, um von ihnen zu lernen und politische Maßnahmen und Programme auf EU-Ebene zur weiteren Unterstützung dieser Initiativen vor Ort zu gestalten.

Der Aufbau von nachhaltigen Lebensmittelsystemen ist damit abhängig von einer bewussten Verschiebung hin zu einer effektiven Ordnungspolitikgestaltung auf mehreren Ebenen. Statt sich auf vor allem die Regulierung von Märkten zu konzentrieren und Landwirte durch die standardisierten EU-weiten Instrumente zu unterstützen, muss die EU Wege finden, *lokale Lebensmitteliniziativen* zu fördern, die in zunehmendem Maße konventionelle Märkte und Lieferketten umgehen. Das Unterstützen von Experimenten in all seinen diversen Formen, durch ergänzende Maßnahmen auf EU-, nationaler und lokaler Ebene, wäre eine Priorität einer Gemeinsamen Lebensmittelpolitik – nicht ein nachträglicher Gedanke, und nicht bloß eine Frage rechtlicher Vereinbarkeit.

### 3. GOVERNANCE FÜR DEN ÜBERGANG

**Eine integrierte Lebensmittelpolitik kann das kurzfristige Denken und die Pfadabhängigkeiten in einer Weise überwinden wie es sektorbezogene Politiken nicht können.**

Das Integrieren von Politiken über das Lebensmittelsystem hinweg ist eine Voraussetzung für das Anpacken drängender, globaler Herausforderungen. Dem jüngsten Sachstand des Weltklimarates (IPCC) zufolge müssen die weltweiten Netto-THG-Emissionen gegen 2050 den Wert null erreichen, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und die schlimmsten Auswirkungen zu vermeiden. Die EU-Landwirtschaft wird wahrscheinlich bis 2030 klimaneutral sein müssen, um ihren Beitrag zu leisten. Dringende Maßnahmen sind auch geboten, um den Verlust der Artenvielfalt, den weltweiten Hunger, die globale Armut, und die vielen weiteren, in den UN-Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) identifizierten Herausforderungen anzugehen. Diese stellen nicht nur landwirtschaftliche Herausforderungen dar. Um die Entstehung von klimaresistenten und wirtschaftlich widerstandsfähigen Produktionsmodellen in Europa und weltweit zu unterstützen, sind grundlegende Änderungen über das gesamte Lebensmittelsystem hinweg erforderlich – angefangen von den Forschungspolitiken und den Lieferketteninfrastrukturen bis hin zu Einzelhandelspraktiken und Handelsabkommen.

Die derzeitigen Politiken haben sich hinsichtlich der Anpassung an die neuen Herausforderungen als langsam erwiesen und sind auf die Paradigmen der Vergangenheit fixiert. Die Lebensmittelsysteme bleiben weiterhin auf das Bereitstellen von billigen und reichlichen Kalorien durch Massenproduktion von Hauptrohstoffen ausgerichtet, obwohl dieses ‚Low-cost‘-Modell immer kostspieligere Auswirkungen hervorruft – von den Umweltauswirkungen intensiver Landwirtschaft bis zur Verbreitung von ungesunder Ernährung und Fettleibigkeit. Die gegenwärtigen Politiken und Zwänge haben sich im Laufe der Zeit gemeinsam entwickelt und einander verstärkt. Wirtschaftliche Anreize (z. B. Subventionen, Steuern), technologische Wahlmöglichkeiten, Investitionen in Infrastruktur, regulatorische Rahmenbedingungen und hektische Lebensweisen, die dem Komfort den Vorrang geben – sowie mächtige Lobbys, die von dem Status quo profitieren – all dies konvergiert, um die derzeitigen Systeme fest in ihrem Zustand verbleiben zu lassen. Technologische Innovationen, die ohne Infragestellung der derzeitigen Systeme übernommen werden können – Lösungen, die das großflächige, auf Monokultur basierte Produktionsmodell verstärken anstatt es herauszufordern – haben weiterhin Priorität. Der Status quo wird außerdem durch kurzfristige politische Zyklen festgesetzt, die auf kurzfristige Reparaturlösungen setzen und es gestatten, die Unterlassungskosten auf die nächste Generation weiterzugeben.

Eine andere Art der Politik – ein Governance-Rahmen für den *Übergang* – wird benötigt, um diese Pfadabhängigkeiten zu überwinden. Nur eine integrierte Politik mit einer langfristigen Vision und einem Mandat für das Angehen des gesamten Systems kann die koordinierten Verschiebungen vorantreiben, die über die Erzeugung, Verarbeitung, Verteilung und den Verbrauch von Lebensmitteln hinweg erforderlich sind (d. h. das Überwinden der systemischen Arretierungen). Eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik, die unter Berücksichtigung dieser Ziele gestaltet wird, würde es gestatten, kurz- und langfristige Ziele klar voneinander zu unterscheiden, Kompensationen abzuwägen, die langfristigen Kosten und Vorteile (oder ‚Externalitäten‘) zu erfassen, die Verantwortlichkeit zuzuweisen und die Wirksamkeit von Reformen gegenüber den vereinbarten Zielen regelmäßig zu bewerten. Diese Art des integrierten Pfaddenkens wurde vom Europäischen Parlament im Mai 2018 angeführt, als es die Europäische Kommission zur Entwicklung einer „übergreifenden Nachhaltigen Entwicklungsstrategie aufforderte, die alle relevanten internen und externen Politikbereiche umfasst“, einschließlich eines Zeitplans bis 2030.



#### 4. DEMOKRATISCHE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

**Eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik kann die Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen Entscheidungsprozessen wieder beleben, das europäische Projekt den Bürgern wieder näherbringen und die öffentliche Politiken für das Gemeinwohl zurückfordern.**

Die Vereinnahmung von Rechtsvorschriften durch mächtige Interessen ist bei Lebensmittelsystemen zu einem anhaltenden Problem geworden. Je fragmentierter die Governance für das Lebensmittelsystem geworden ist, desto leichter konnten dominierende Akteure ihre Macht in den jeweiligen abgegrenzten Zuständigkeitsbereichen der Politik ausüben (GAP, Lebensmittelsicherheit, Handel usw.). Die dominante Stellung von Agrarindustrien bzw. Stakeholdern der Landwirtschaft, der GD Landwirtschaft der Europäischen Kommission und des Ausschusses für Landwirtschaft des Europäischen Parlaments sind hinsichtlich des Verhinderns, dass Umweltprobleme nicht in angemessener Weise in der GAP angegangen werden und des Hinauszögerns von EU-Maßnahmen im Bereich der Ernährung als Hauptfaktoren identifiziert worden. Die Fähigkeit der Agrarindustrie zur Vereinnahmung der GAP-Reformprozesse hat sich in Anbetracht der Bruchstellen zwischen den Landwirten und Umweltschutzgruppen vergrößert.

In diesem Zusammenhang ist die Kluft größer geworden zwischen dem Mandat, von dem die politischen Entscheidungsträger selbst ausgehen, dass sie es haben, und den Grenzen, die die Bürger – wenn sie die Chance erhalten – gern erneut geltend machen. Dies wurde kürzlich veranschaulicht durch die öffentliche Reaktion gegen die Verlängerung von Pestiziden auf Glyphosatbasis und die von der Europäischen Kommission vorangetriebenen Handelsverhandlungen (besonders ‚TTIP‘ mit den USA, ‚CETA‘ mit Kanada). In beiden Fällen wurden Bedenken erhoben, dass das Vorsorgeprinzip und der Schutz der öffentlichen Gesundheit im Namen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen beiseitegeschoben wurden. Die formellen Mechanismen für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Politikgestaltung sind eindeutig nicht ausreichend und kommen über einen Alibi charakter nicht hinaus. Die Parameter der GAP-Reform wurden beispielsweise hinter verschlossenen Türen bei Verhandlungen über den EU-Haushalt festgesetzt, ohne eine reelle Möglichkeit für die Zivilgesellschaft sich zu beteiligen. Die Notwendigkeit, für transparente, partizipative und reaktionsfreudige Institutionen im heutigen euroskeptischen Klima zu sorgen – um anzugehen, was der Nachhaltigkeitsberater gegenüber Jean-Claude Juncker bezeichnet hat als die „wachsende Ernüchterung der europäischen Bürger mit dem eigentlichen Aufbau Europas“ –, war noch nie deutlicher.

Der Weg hin zu integrierten Lebensmittelpolitiken kann dem Demokratiedefizit bei Lebensmittelsystemen abhelfen und die Machtverhältnisse wieder ins Gleichgewicht bringen. Durch Verlagerung des Schwerpunkts von der Landwirtschaft (und anderen sektorbezogenen Politikbereichen) auf *Lebensmittel* kann ein breiteres Spektrum an Stakeholdern in sinnvoller Weise bei der Gestaltung und Bewertung von Politiken beteiligt werden. Dies ermöglicht es, Machtbeziehungen und Pfadabhängigkeiten herauszufordern, Entscheidungsprozesse von den mächtigen Lobbys zurückzufordern und neue Prioritäten und Interessenskoalitionen aufkommen zu lassen. Insbesondere wird dies den Weg für starke Bündnisse ebnen, die zwischen all jenen zu bilden sind, die ein Interesse daran haben, sich von dem gegenwärtigen Low-cost-Modell mit hohen Externalitäten zu entfernen und es stattdessen die Erzeugung von gesunden, nachhaltigen Lebensmitteln bezahlen zu lassen. Hierzu gehören Landwirte, nachhaltige Lebensmittelunternehmen, Verbraucher- und Gesundheitsgruppen, Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsaktivisten, Umweltschutzeinrichtungen, Schulbehörden, örtliche zivilgesellschaftliche Bewegungen und politische Entscheidungsträger, die sich bemühen, komplexe und kostspielige Probleme auf verschiedenen Governance-Ebenen zu lösen.

# WIE ERREICHEN WIR DAS ZIEL? BLAUPAUSE FÜR EINE GEMEINSAME LEBENSMITTELPOLITIK

Eine signifikante Reform und Neuausrichtung der Politik in vielen Bereichen unter einer Gemeinsamen Lebensmittelpolitik erforderlich. Der erste Baustein besteht darin, die Governance-Architektur der EU so zu reformieren, dass institutionelle abgegrenzte Zuständigkeitsbereiche zu überwinden und Synergien zwischen all jenen maximiert werden, die auf nachhaltige Lebensmittelsysteme hinarbeiten.

Es bedarf neuer Mechanismen diese Bestrebungen zu koordinieren, einschließlich Folgendes:

KURZFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE	MITTEL- BIS LANGFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE
Schaffen der Position eines Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für nachhaltige Lebensmittelsysteme	Entwerfen eines Scoreboards/Aktionsplans für nachhaltige Lebensmittel, um den Fortschritte bei der Umsetzung einer Gemeinsamen Lebensmittelpolitik zu verfolgen
Ernennen eines für Lebensmittel zuständigen Direktors in jeder GD der Kommission zum Sicherstellen sektorübergreifender Zusammenarbeit	
Aufbauen einer Task-Force für nachhaltige Lebensmittel unter dem Europäischen Zentrum für politische Strategie (EPSC)	
Einrichtung einer formellen Intergruppe für Lebensmittel im Europäischen Parlament	
Unterstützung der Schaffung eines EU-Rates für Lebensmittelpolitik	Einführen eines partizipativen Prozesses für Technologiebewertung
Einführen von Mechanismen für systematische Koordinierung, Praktizieren des Austauschs und Lernens auf EU-Ebene bezüglich lokaler/territorialer Lebensmitteliniciativen (einschl. urbaner und regionaler Lebensmittelpolitiken)	

Regierungsreformen sind daher die ersten Bausteine einer gemeinsamen Lebensmittelpolitik. Auf dieser Grundlage könnten Reformen und Neuausrichtungen in einer Reihe entscheidender Politikbereiche beschleunigt werden. Die Politiken können und müssen sich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit gegenseitig verstärken. Es ist nicht möglich, Verschiebungen hin zu einer nachhaltigen Erzeugung zu fördern, ohne auch eine Änderung bei den Verzehrgeohnheiten zu fördern. Und es ist nicht möglich, kleinbäuerliche Betriebe zu unterstützen, ohne auf die verschiedenen Instrumente einzugehen, einschließlich Zugang zu Land, öffentliche Beschaffung und dezentraler kleiner Verarbeitungseinrichtungen, die das Entstehen einer neuen Generation von Landwirten und den Zugang zu Märkten ermöglichen können.

Die Politikreformen sind unter den nachstehenden fünf Zielen gruppiert, die fünf Paradigmenwechsel repräsentieren, die für den Aufbau nachhaltiger Lebensmittelsysteme in Europa parallel erfolgen müssen:

#### ZIEL 1.

### **SICHERSTELLEN DES ZUGANGS ZU LAND, WASSER UND GESUNDEN BÖDEN**

Die Ressourcengrundlage für die Landwirtschaft in der EU ist durch Bodendegradation, Bodenerosion, Wasserverschmutzung und Überbeanspruchung durch industrielle Landwirtschaft und den Verlust von Ackerland durch städtische / industrielle Entwicklung gefährdet. Der Zugang zu Land für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion ist daher von entscheidender Bedeutung. Er wird jedoch beeinträchtigt durch Anreize für Biokraftstoffe, Zersiedelung, spekulative Landkäufe, mangelnden Bodenschutz und ein Modell landwirtschaftlicher Subventionen, das die Bodenpreise in die Höhe treibt. Die EU sollte ein Observatorium zur Beobachtung des Bodenmarktes einrichten, Vorkaufsrechte für junge Bio-Landwirte fördern, GAP-Zahlungen auf der Grundlage einer Reihe von Kriterien (nicht nur der Betriebsgröße) zuteilen und einen umfassenden Schutz der natürlichen Ressourcen in einer Land- und Bodenrichtlinie festschreiben.

#### ZIEL 2.

### **WIEDERAUFBAUEN VON KLIMASCHONENDEN, GESUNDEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN ÖKOSYSTEMEN**

Die industrielle Tierhaltung und chemieintensive Monokulturen führen zu hohen Treibhausgasemissionen, Bodenverschlechterung, Luftverschmutzung, Wasserverschmutzung und dem Verlust der biologischen Vielfalt - und untergraben kritische Ökosystemdienstleistungen. Kapitalintensive und auf Digitalisierung basierende High-Tech-Innovationen stärken die bestehenden Produktionsmodelle und führen zu Kompromissen zwischen verschiedenen Umweltauswirkungen oder zwischen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Die Politik der GAP, der Forschung, der Innovation und landwirtschaftlicher Beratungsdienste müssen dringend auf agrarökologische Systeme mit geringem Input ausgerichtet werden. Dies bedeutet die Einführung einer EU-weiten Agrarökologieprämie als neue Grundlage für die GAP-Zahlungen, die Schaffung von Anreizen für stickstoffbindende Leguminosen, Weiden- und Agroforstwirtschaft, die Einrichtung unabhängiger landwirtschaftlicher Beratungsdienste, die Förderung des Wissensaustauschs zwischen den Landwirten und schließlich den graduellen Abbau der routinemäßigen Verwendung von chemischen Betriebsmitteln.

#### ZIEL 3.

### **FÖRDERN VON AUSREICHENDEN, GESUNDEN UND NACHHALTIGEN ERNÄHRUNGSWEISEN FÜR ALLE**

Ungesunde Ernährung treiben die Adipositas-Epidemie und einer rasende Ausbreitung nichtübertragbarer Krankheiten voran: der häufigsten Todesursache in Europa. Um die Ernährung zu verbessern, müssen verschiedene Politikbereiche neu ausgerichtet werden – von der Stadtplanung über die Besteuerung von Nahrungsmitteln bis hin zu Vermarktungsregeln – um Lebensmittelumgebungen zu schaffen, in denen die gesunde Option die einfachste ist. Billigkalorien können nicht länger ein Ersatz für die Sozialpolitik sein, die neu aufgebaut und umgestaltet werden muss, um die Ursachen der Armut zu bekämpfen und den Zugang zu gesunder Ernährung für alle zu fördern. Die EU muss die Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen und die Mehrwertsteuer reformieren und die Vermarktung von Junk-Food umfassend einschränken, um die Anreize in Richtung gesunder und nachhaltiger Ernährung zu verschieben. Darüber hinaus sollte die EU die Mitgliedstaaten verpflichten, Pläne für gesunde Ernährung zu entwickeln (unter Einbeziehung öffentlicher Beschaffung, Stadtplanung, Steuer- und Sozialpolitik, Marketing und Ernährungserziehung) als Bedingung für die Freigabe von GAP-Zahlungen.

#### ZIEL 4.

---

### **AUFBAUEN VON FAIREREN, KÜRZEREN UND SAUBEREN LIEFERKETTEN.**

Die Standardisierung, Konsolidierung und Globalisierung von Lieferketten hat erhebliche Kosten für die Landwirte (die hohe Kosten und einen sinkenden Gewinnanteil tragen müssen), für die Arbeiter im Lebensmittelsektor (deren Arbeitsbedingungen verschlechtert werden), für die Umwelt (durch eine enorme Zunahme von Lebensmittelabfällen und Verpackungsmüll) und Gesundheit der Verbraucher (durch Kontakt mit Chemikalien in Lebensmitteln / Verpackungen). Der Verlust von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben, Beschäftigung auf dem Land und regionalen Verarbeitungsanlagen hat zu einem weiteren Rückgang der ländlichen Gebiete geführt. Auf lokaler Ebene werden Lösungen entwickelt (z. B. Initiativen für kurze Lieferketten, regionale Verarbeitungszentren, Lebensmittelpolitikräte). Diese werden jedoch behindert durch mangelnde Information über bestehende EU-Unterstützungsinstrumente im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und der Kohäsionspolitik, mangelnde Umsetzung und Inanspruchnahme dieser Instrumente auf nationaler Ebene, den De-facto-Ausschluss von Kleinbauern von lukrativen Märkten (z. B. öffentliche Beschaffung, Qualität Labels) und „Kreislaufwirtschafts“-Politiken, die die Lieferketten nicht neu überdenken. Die Unterstützung lokaler, auf mehreren Ebenen tätiger territorialer Innovationen muss in die Gestaltung der EU-Politik einbezogen werden und muss zu einer Anforderung für die Mitgliedstaaten werden, nicht zu einer à la carte-Option.

#### ZIEL 5.

---

### **DEN HANDEL IN DEN DIENST DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG STELLEN**

Die Agrarhandelspolitik der EU fördert weiterhin die Interessen der mächtigen Exportindustrien, auch im Fleisch- und Milchsektor, die stark emittieren. Die EU hat die Handelsabkommen durchgesetzt, die Entwicklungsländer unter Ausnutzung von Machtungleichgewichten, in die sozial und ökologisch schädliche Exportgüterproduktion drängen. Diese Abkommen untergraben auch Fähigkeiten dieser Länder, nachhaltige Entwicklungspfade zu verfolgen (z. B. durch Anlegerschutz und restriktive IP-Regeln). Es sind daher dringend Schritte erforderlich, um handelsverzerrende Anreize für die GAP zu beseitigen, die Nachhaltigkeitsklauseln in Handelsabkommen zu stärken und Lebensmittelimporteure dafür verantwortlich zu machen, dass ihre Lieferketten frei sind von Entwaldung, Landraub und Rechteverletzungen ("Due Diligence"), den Schutz von Anlegern (ISDS) in Handelsabkommen beseitigen und zugängliche Beschwerdeverfahren für Landwirte und die Zivilgesellschaft bereitzustellen. Letztendlich müssen Freihandelsabkommen durch nachhaltige Handelsabkommen ersetzt werden, ein neues Modell, bei dem die Handelsliberalisierung nicht mehr das vorrangige Ziel ist.

## SICHERSTELLEN DES ZUGANGS ZU LAND, WASSER UND GESUNDEN BÖDEN

LÜCKEN UND DISKREPANZEN IN GEGENWÄRTIGEN POLITIKEN	KURZFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE	MITTEL- BIS LANGFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE
<p><b>Konflikte bei Flächenerfordernissen innerhalb der GAP.</b> Prämien für Junglandwirte stehen unter der GAP zur Verfügung, dennoch kommen die derzeitigen flächenbasierten Zahlungen Massenrohstoffherzeugern zugute, was die Landpreise hochtreibt, die Konzentration der Flächen fördert und den Zugang zu Land für neue Marktteilnehmer erschwert.</p>	<p>Reformieren des GAP P1 Direktzahlungsmechanismus durch: i) Umstellung von der flächenbasierten Logik auf Kombinationskriterien (Arbeitsintensität, Betriebsgröße, regionale Besonderheiten usw.) mit obligatorischer Neuverteilung auf kleinbäuerliche Betriebe; ii) Deckelung der Zahlungen an einzelne Betriebe; iii) Bereitstellung einer positiven Definition des aktiven Landwirts auf EU-Ebene; iv) Einführung eines Mindestprozentsatzes (anstelle einer Obergrenze) für Zahlungen an Junglandwirte</p> <p>Implementieren der Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung (VGGT)</p> <p>Einrichten einer EU Landbeobachtungsstelle</p>	<p>Entwickeln von Agenturen für Flächenentwicklung und ländliche Ansiedlung in allen Mitgliedstaaten als Bedingung für das Freisetzen von GAP-Fonds, einschl. des Vorkaufsrechts für agrarökologische Erzeuger (basierend auf EU weiten Indikatoren – siehe Ziel 2) und Priorität für Junglandwirte</p>
<p><b>Fragmentiertes Umweltmanagement und niedrige Priorisierung des Bodens.</b> Die Umsetzung von EU-Umweltpolitiken (Wasserrahmenrichtlinie, Nitratrichtlinie) wird durch politische Rahmenbedingungen untergraben, die die auf Masse angelegte Rohstoffherzeugung fördern (einschl. GAP, Pestizidzulassungsverfahren und Biokraftstoffanreize unter der Erneuerbare-Energien-Richtlinie), nichtnachhaltige Flächenentwicklungsstrategien und Durchsetzungslücken (z. B. Überwachung von Pestizidrückständen im Boden ist auf der EU-Ebene nicht erforderlich). Dies spiegelt die tiefer liegenden Probleme der Umwelt-Governance wider, insbesondere das Versagen, das Verursacherprinzip durchzuhalten sowie die Trennung zwischen der Boden- und Flächen-Governance.</p>	<p>Reformieren der GAP P1 Konditionalität, um Sonderklauseln der Wasserrahmen-, Nitratrichtlinie und der Richtlinie Nachhaltige Nutzung von Pestiziden aufzunehmen, und Bäume als Landschaftselemente einschließen.</p> <p>Auslaufenlassen aller Biokraftstoffanreize in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie</p> <p>Schaffen eines europäischen Wasserdatenzentrums zum Unterstützen der Überwachung in den Mitgliedstaaten</p> <p>Beauftragen des europäischen Bodendatenzentrums mit der Überwachung von Pestizidrückständen</p> <p>Abhängigmachen des Zugangs zu EU-Strukturfonds von der nachhaltigen Landnutzung unter der integrierten Planung des territorialen Lebensmittelsystems (siehe Ziel 4).</p> <p>Fördern der agrarökologischen Bodenbewirtschaftung mittels unabhängiger landwirtschaftlicher Beratungsdienste (FAS) (siehe Ziel 2)</p>	<p>Wählen der Boden- und Flächenrichtlinie der EU zum Vereinbaren von nachhaltiger Flächenentwicklung mit gesunden Böden und Koordinieren mit Wasserrahmenrichtlinie; Integrieren von neuen Bodenbewirtschaftungsanforderungen in die GAP-Konditionalitäten</p> <p>Bestimmen von Flächen als ständige Ackerfläche zur Lebensmittelerzeugung unter einem EU-Rahmen</p>
<p><b>Im Spiel befindliche Politik:</b> GAP P1 und P2, UMWELTVORSCHRIFTEN (WASSERRAHMEN- UND NITRATRICHTLINIE), NATIONALE FLÄCHENPOLITIKEN, VGGT, KOHÄSION (STRUKTURFONDS), ERNEUERBARE-ENERGIEN-RICHTLINIE, PESTIZIDZULASSUNGEN, ERWEITERUNG</p>		

## WIEDERAUFBAUEN VON KLIMASCHONENDEN, GESUNDEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN ÖKOSYSTEMEN

LÜCKEN UND DISKREPANZEN IN GEGENWÄRTIGEN POLITIKEN	KURZFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE	MITTEL- BIS LANGFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE
<p><b>Nichtausreichende Ambition für das Klima.</b> Die gängige Logik der ‚Einkommensunterstützung‘ in der GAP beinhaltet, dass sehr umweltbelastende Formen der Landwirtschaft weiterhin subventioniert werden (einschl. der intensiven Tierhaltung – siehe nachstehend), während die Umweltmaßnahmen und Konditionalitäten der GAP als weitgehend wirkungslos betrachtet werden. Die neuesten GAP-Reformvorschläge könnten diese Probleme verschärfen und eine Abwärtsspirale starten, dadurch dass den Mitgliedstaaten die Freiheit gewährt wird, ihre GAP-Interventionen zu entwerfen, während es versäumt wurde, klare EU weite Nachhaltigkeitsindikatoren zu etablieren.</p>	<p>Vorsehen von mindestens 50 % der GAP Finanzierung der EU für die ländliche Entwicklung (P2) und Einführen der ‚Agrarökologieprämie‘ im Rahmen von P2. Förderfähigkeit basierend auf: i) Verzeichnis auf EU-Ebene von Praktiken („Output-Indikatoren“) einschl.: Fruchtfolge, Diversifikation, keine synthetischen Stoffeinträge, integrierte Schädlingsbekämpfung (IPM), hofeigene Tierfüttererzeugung (d. h. über die P1-Konditionalität hinausgehend); ii) Arbeiten mit agrarökologischen Beratungsstellen; und/oder iii) einfache Indikatoren (Proxies) (solidarische Landwirtschaft (CSAs), partizipative Garantiesysteme (PGS), Organic 3.0</p>	<p>Reservieren aller GAP Zahlungen zur Bereitstellung von öffentlichen Gütern unter einer einzigen Säule (Fusion der Cross-Compliance und der aktualisierten agrarökologischen Indikatoren)</p>
<p><b>Fehlende Bewältigung von Viehbestandsauswirkungen und Wiedereingliederung der Produktionssysteme.</b> Die intensive tierische Erzeugung hat ernste Umweltauswirkungen (THGs, Luft- und Wasserverschmutzung, AMR, Abholzung via Futtermittelimporte), die dringende Schritte zur Reduzierung der Viehbestandsdichte und zur Verringerung der Abhängigkeiten von importierten Eiweißfuttermitteln bedarf. Es gab bisher unzureichende Versuche diese Umstellungen durch Diversifizierung der Produktionssysteme auszulösen, d. h. Wiedereingliederung von Feldfrüchten/Viehbestand und Lebensmittel-/Füttererzeugung in einem territorialen Umfang, trotz der vielen weiteren Vorteile (einschl. ländlicher Wiederbelebung und Schaffung von Arbeitsplätzen).</p>	<p>Reservieren der GAP gekoppelten Zahlungen für stickstoffbindende Leguminosen, Dauergrünland/-weideland, Erzeugung von Obst und Gemüse, Bäume (Agroforstwirtschaft)</p>	<p>Auslaufenlassen aller gekoppelten Zahlungen</p>
	<p>Erhöhen der P1-Konditionalität im Rahmen des REFIT-Programms für die EU Umweltvorschriften (siehe Ziel 1)</p>	<p>Auslaufenlassen des regelmäßigen Einsatzes von Chemikalieneinträgen (siehe auch Ziele 1 und 3)</p>
	<p>Abhängigmachen der GAP Finanzierung von der Festlegung nationaler Reduktionsziele für den Antibiotika-Einsatz und der verstärkten Durchsetzung der Verordnungen für Tier- und Fütterungsarzneimittel</p>	<p>Einführen von Viehbesatzdichten (Tiere/Hektar) im Einklang mit der ökologischen/biologischen Verordnung</p>
<p><b>Verlass auf Techno-Lösungen.</b> High-Tech-Innovationen („Präzisionslandwirtschaft“) werden im Rahmen der Forschungs-, Landwirtschafts- und Erweiterungspolitik der EU gefördert. Diese ‚Techno-Lösungen‘ bringen Effizienzsteigerungen, festigen aber auch Produktionsmodelle (großfläche, intensive Monokulturen und Feedlots), die sich letztlich auf Bewirtschaftungspraktiken verlassen, die ökologisch nicht nachhaltig sind (z. B. Chemikalieneinträge anstelle einer Systemumgestaltung/IPM) und sozial nicht nachhaltig sind (d. h. teure Stoffeinträge/Ausrüstung, die Arbeitsplätze abbauen und die Abhängigkeit von Firmen der Agrarindustrie erhöhen).</p>	<p>Einräumen der Priorität für vom Landwirt betriebene Aktionsforschung zur Agrarökologie im Rahmen von FP9</p>	<p>Ganz bewusstes Bewerten von Innovationen im Einklang mit Vorsorgeprinzip und zahlreichen Nachhaltigkeitsaspekten (siehe Abschnitt 2)</p>
	<p>Integrieren von digitalen Innovationen (Präzisions-Lw.) in agrarökologische Systeme, basierend auf dem Open-Source- und horizontalen Austausch; Fördern des gemeinsamen Besitzes von Ausrüstung/Daten über Genossenschaften</p>	<p>Unterstützen von Open-Source-Datensystemen und Einbeziehen von Anwendern beim Entwurf von Lw.-Ausrüstung</p>
<p><b>Verlass auf die Industrie für Kenntnisse, Stoffeinträge und Beratung.</b> Bei rückläufiger staatlicher Unterstützung sind die Pfade für Forschung und Innovation der Lw. zunehmend von privaten Akteuren, die auch Tech Pakete an Landwirte verkaufen, geprägt und auf die Qualitätsverbesserung von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln ausgerichtet gewesen (z. B. Saatgut, Chemikalieneinträge, Arzneimittel und Maschinen). Die Veräußerung und Privatisierung von landwirtschaftlichen Beratungsdiensten (FAS) hinterließ auch große Lücken in Bezug auf die nachhaltige Flächen- und Bodenbewirtschaftung, was zu einer schlechten Umsetzung der EU Umweltvorschriften führte.</p>	<p>Von den Mitgliedstaaten verlangen, unabhängige FAS zu entwickeln, basierend auf Trennung von Verkaufs- und Beratungstätigkeit, Mindestqualitätsstandards, territorialer Abdeckung und Fähigkeit zur Unterstützung des Übergangs auf die Agrarökologie als Bedingung für das Freisetzen von GAP Zahlungen</p>	<p>Schaffen von integrierten EU weiten landwirtschaftlichen Fachkenntnis- und Innovationssystemen (AKIS) mit dem Schwerpunkt auf der partizipativen agrarökologischen Forschung</p>
	<p>Zertifizieren von FAS auf EU Ebene</p>	
	<p>Blockieren, im Rahmen der Fusionskontrollverordnung, von Fusionen der Agrarindustrie, die zu einer Überkonsolidierung von Landwirtschaftsbetriebsdaten führen</p>	<p>Saatgutvermarktungsregeln ausrichten &amp; EIP-AGRI-Unterstützung bei der Vermarktung von traditionelle Tierrassen und lokal angepassten Saatgutsorten</p>
	<p>Vergrößern der EIP-AGRI Reichweite auf mehr Landwirte und weiterer Nachdruck auf Agrarökologie sowie den Austausch unter Landwirten</p>	
<p><b>Im Spiel befindliche Politik:</b> GAP P1 und P2, UMWELTVORSCHRIFTEN, KLIMAWANDEL/LASTENVERTEILUNG, HANDEL, KOHÄSION, FORSCHUNG UND INNOVATION, ERWEITERUNG, WETTBEWERB</p>		

## FÖRDERN VON AUSREICHENDEN, GESUNDEN UND NACHHALTIGEN ERNÄHRUNGSWEISEN FÜR ALLE

LÜCKEN UND DISKREPANZEN IN GEGENWÄRTIGEN POLITIKEN	KURZFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE	MITTEL- BIS LANGFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE
<p><b>Fehlende Schaffung von ‚gesunden Lebensmittelumgebungen‘.</b> Die Ernährung wird durch die räumliche Nähe zu Einzelhandelsverkaufsstellen von Lebensmitteln und die allgemeine ‚Lebensmittelumgebung‘ beeinflusst. Die politischen Entscheidungsträger haben sich jedoch beim Ergreifen der Maßnahmen als zurückhaltend erwiesen, die zum Neugestalten von öffentlichen Räumen, geschaffenen Umgebungen, Lebensweisen und Konsumgewohnheiten geboten sind. Privaten Unternehmen wurde es gestattet, Einzelhandelsumgebungen zu gestalten, Verbraucher in Richtung ungesunder Lebensmittel zu schubsen und Schundnahrung an Kinder zu vermarkten. Die Anreize für gesunde Lebensmittel sind nicht stark genug.</p>	Entwickeln eines nach 2020 anwendbaren EUAktionsplans für Adipositas im Kindesalter mit Überwachung des Fortschritts und jährlicher Aktualisierung der Pläne (einschl. der Ausrichtung auf die Nationalen Pläne für gesunde Ernährung – siehe nachstehend)	<p>Schaffen einer EURichtlinie über das Marketing von HFSS- und hochverarbeiteten Lebensmitteln, einschl.: Fernsehwerbeverbot, Verbot von HFSS-Produktwerbung in den öffentlichen Verkehrsmitteln, Verbot von HFSS-Produkten in öffentlichen Verkaufsautomaten und an Supermarktkassen, keine HFSS-Produkte im Umkreis von Schulen und digitale Vermarktungsbeschränkungen.</p>
	Entwickeln und Umsetzen von nationalen Plänen für gesunde Ernährung (‚Lebensmittelumgebungs‘-Pläne), einschl. Steuerpolitik, Sozialpolitik, öffentlicher Beschaffung, Flächennutzung und Genehmigung sowie Ernährungserziehung als Bedingung für das Freisetzen der GAPFinanzierung	
	Schaffen eines gemeinsamen obligatorischen Kennzeichnungssystems auf der Vorderseite der Verpackung auf EUEbene	
	Etablieren von Nährwertprofilen im Rahmen der EU-Angabenverordnung zur Verhinderung von irreführenden gesundheitsbezogenen Angaben	
	Annehmen des EUVerbots für Trans-Fettsäuren	
<p><b>Billige Lebensmittel als de facto Sozialpolitik.</b> Armut und soziale Ausgrenzung untergraben den Zugang zu gesunder Ernährung durch lange Arbeitsstunden, schlechten physischen Zugang zu gesunden Lebensmitteln, Verlust der Fähigkeit zum Kochen usw. Das Bereitstellen von billigen Lebensmitteln durch Massenproduktion von Hauptrohstoffen oder über Lebensmittelbanken ist die Standardlösung, packt aber nicht die Hauptursache schlechter Ernährung an. Robuste Armutsbekämpfungsstrategien und soziale Sicherungsnetze werden benötigt, werden aber von der nationalen und der EUSparpolitik untergraben.</p>	Von den Mitgliedstaaten verlangen, Obst und Gemüse von der MwSt. zu befreien	<p>Ergreifen von Sozialpolitiken, die die Ungleichheit angehen und auf ein Lebensmittelsystem hinarbeiten, bei dem der Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung ein Menschenrecht ist</p> <p>Schaffen einer einzigen Überwachungs-, Beratungs- und Aufsichtsbehörde zum Unterstützen des Entwurfs, der Umsetzung und Bewertung von nationalen Plänen für die gesunde Ernährung und zum Anpacken der Ernährungsunsicherheit</p>
	Regelmäßiges Bewerten des Maßes an Ernährungsunsicherheit in der EU; Entwickeln von Indikatoren der EUernährungsarmut durch Zurückgreifen auf die jährlichen, von den Mitgliedstaaten durchgeführten Bewertungen	
<p><b>Fehlende Verbindung der politischen Maßnahmen von Angebots- und Bedarfsseite.</b> Die Versorgung, Preisbildung und Verfügbarkeit von unterschiedlichen Lebensmitteln wird durch die Agrarhandelspolitiken und die Dynamik des zugrunde liegenden Lebensmittelsystems beeinflusst. Versorgungsüberangebote und Praktiken der Lebensmittelindustrie tragen dazu bei, hochverarbeitete/HFSS-Lebensmittel billig und im Überfluss verfügbar zu machen, während für die Erzeugung von Obst und Gemüse keine ausreichenden Anreize geboten werden. Die Politiken der EU und der Mitgliedstaaten zur Ernährung/Fettleibigkeit erfolgten ohne Gesamtkonzept und neigen dazu, die Landwirtschaft zu ignorieren. Die Beschaffungspolitiken sind zum Vorantreiben von Produktionsumstellungen unzureichend gewesen, während angebotsseitige Politiken (z. B. GAPFörderprogramme) weiterhin ungesunde Lebensmittel begünstigen.</p>	Sicherstellen, dass die öffentliche Beschaffung die nachhaltige Bewirtschaftung und gesunde Ernährung unterstützt durch i) Verlangen, dass die Externalitäten in die Kostenkalkulation aufzunehmen sind; und ii) Aufnahme von Lebensmittelnachhaltigkeits- und Ernährungsleitlinien in die Leitlinien für Umweltgerechtes öffentliches Beschaffungswesen	<p>Abstimmen von Preis/Verfügbarkeit von Lebensmitteln mit gesunder Ernährung durch Reformieren von Produktionspolitiken: Beseitigung der an den Vielbestand gekoppelten Zahlungen, Unterstützung von diversifizierten agrarökologischen Systemen und Leguminosen sowie Erfassung der sozialen und Umweltexternalitäten der Lebensmittelerzeugung (siehe Ziele 2 und 4).</p>
	Reformieren des EUSchulobstprogramms zur i) Erhöhung des Budgets; ii) obligatorischen Anwendung von Qualitätskriterien; und iii) Beseitigung von Ausnahmen für Zucker-, Salz- und Fettzusätze	
	Reservieren GAP-Förderprogramme Finanzmittel für gesunde Produkte	
	Entwickeln von EU- und nationalen Ernährungsleitlinien für eine gesunde und nachhaltige Ernährung	
<p><b>Im Spiel befindliche Politik:</b> GAP, HANDEL, NAHRUNGSMITTELHILFE, ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG, QUALITÄTSREGELUNGEN, WETTBEWERB, MARKETING, GESUNDHEITSBEZOGENE ANGABEN, LEBENSMITTELSICHERHEIT, FLÄCHENNUTZUNG UND GENEHMIGUNG, STADTPLANUNG, STEUER- UND SOZIALPOLITIK, BILDUNG</p>		

## AUFBAUEN VON FAIREREN, KÜRZEREN UND SAUBEREN LIEFERKETTEN

LÜCKEN UND DISKREPANZEN IN GEGENWÄRTIGEN POLITIKEN	KURZFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE	MITTEL- BIS LANGFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE
<p><b>Anhaltende Machtungleichgewichte in den Lieferketten.</b> Die Unternehmenskonzentration verschärft die Anfälligkeit für unlautere Geschäftspraktiken, insbesondere für kleine und mittlere Landwirte. Die jüngsten Schritte zur Regulierung unlauterer Geschäftspraktiken (UTPs) auf der EUEbene sind positiv, werden aber laufend Überarbeitungen erfordern, um die sich rasch entwickelnden Märkte widerzuspiegeln und um zu gewährleisten, dass alle Akteure in der Lieferkette gegen Fehlfunktionen der Lieferkette geschützt sind.</p>	<p>Aufnehmen obligatorischer Umwelt- und Sozialkriterien innerhalb der EUFusionskontrollvorschriften.</p>	<p>Sicherstellen einer 4jährigen Überprüfung der Auswirkungen von UTP-Vorschriften und Berücksichtigen der entsprechenden Schutzmaßnahmen von verschiedenen Akteuren und der Hauptursachen von Lieferkettenungleichgewichten</p>
	<p>Überarbeiten von Artikel 102 AEUV zur Aufnahme von vertikalem Machtmissbrauch</p>	
<p><b>Keine volle Nutzbarmachung kurzer Lieferketten und territorialer Lebensmittelsysteme.</b> In kurzen Lieferketten und sonstigen lokalen Initiativen steckt großes Potenzial zum Angehen gegenwärtiger Lebensmittelsystemfehler, das aber noch zu übersetzen ist in kohärente Entwicklungsstrategien, die eine Vielzahl von Sektoren umfassen (z. B. ländliche Entwicklung, Energie, Infrastruktur, Abfall, Beschäftigung, Ressourcenbewirtschaftung). Die niedrige Priorisierung von territorial angelegten Initiativen wird deutlich durch: die fehlende Infrastruktur/Unterstützung für Kleinbauern zur Zusammenfassung der Versorgung, zur Wertschöpfung ihrer Produktion und für den Zugang zu öffentlichen Aufträgen; die schlechte Umsetzung der Lebensmittelsicherheit und die Hygieneausnahmen für Kleinbauern sowie bestimmte Regelungen für kurze Lieferketten; und die unzureichenden Anreize zur Demokratisierung der Entscheidungsfindung.</p>	<p>Schaffen eines Rahmens auf EUEbene zur Unterstützung alternativer Lebensmittelsystem-Initiativen</p>	<p>Aufnehmen einer Bestimmung für nachhaltige Lebensmittel im Rahmen der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 zu europäischen Struktur- und Investitions(ESI-)Fonds</p>
	<p>Reformieren der EUQualitätsregelungen (g.U./g.g.A.) zur Aufnahme robuster Umwelt-, Tierschutz- und verschärfter traditioneller Prozessanforderungen („menschlicher Faktor“)</p>	
	<p>Erhöhen des Mindestanteils der über das LEADER-Konzept abgewickelten GAP P2Finanzierung (gegenwärtig 5 %)</p>	
	<p>Sicherstellen, dass europäische Struktur- und Investitions(ESI-)Fonds zugunsten der Einrichtung von lokalen Räten für Lebensmittelpolitik aktiviert werden können</p>	
	<p>Erhöhen der Finanzierung zur erneuten Schaffung lokaler Verarbeitungs- und Wertschöpfungstätigkeiten via GAP P2- und Kohäsionsfonds (z. B. Lebensmittel-Hubs, mobile Schlachthöfe)</p>	
	<p>Erhöhen der Unterstützung im Rahmen der GAP P2- und Kohäsionsfonds für alternative Geschäftsmodelle (z. B. Genossenschaften, CSAs, Online-Plattformen)</p>	
<p><b>Niedrige Ambition bei Lebensmittel- und Verpackungsabfall.</b> Die Zunahmen des Lebensmittel- und Verpackungsabfalls stehen in direktem Zusammenhang mit langen Lieferketten, dem Masseneinzelhandelsmodell und sich ändernden Lebensweisen. Den derzeitigen Strategien zum Angehen der Verschwendung (z. B. Paket zur Kreislaufwirtschaft, Lebensmittelbanken) gelingt es nicht, die Ursachen für Überproduktion und Überverbrauch an der Wurzel zu packen. Anstatt das Verringern oder Überdenken der Lebensmittel und Verpackung an der Quelle anzustreben, erhalten die vorhandenen Strategien das zugrunde liegende Lebensmittelsystem-Modell aufrecht, indem sie sich vor allem auf die Umverteilung konzentrieren. Die auf freiwillige Verpflichtungen beruhenden Strategien werden von einer lückenhaften Aufnahme und Umsetzung durch die Mitgliedstaaten geplagt.</p>	<p>Verbindliches Vorschreiben von umweltgerechter öffentlicher Beschaffung (GPP) mit an Zeitpläne gebundenen Zielvorgaben und derartiges Gestalten von Ausschreibungsverfahren, dass der Zugang durch Kleinbauern und Genossenschaften mit logistischer Unterstützung im Rahmen der GAP erleichtert wird (für weitere Infos über die nachhaltige Beschaffung siehe Ziel 3)</p>	<p>„Umweltgerecht“-Machen der gesamten öffentlichen Beschaffung (d. h. Zielvorgabe von 100 %)</p>
	<p>Abzielen auf eine verringerte Abfallerzeugung mittels der Lieferkettenumgestaltung (einschl. kurzer Lieferketten) unter Überprüfung des Pakets zur Kreislaufwirtschaft</p>	<p>Überprüfen der Kunststoff-Richtlinie um das Erwägen einen schrittweisen Ausstieg von Kunststoffverpackungen</p>
	<p>Ändern der Kunststoff-Richtlinie der EU zur Förderung der Annahme von Plastikverpackungssteuern auf Lebensmittelunternehmen und Fördern von lokalen Nullverpackungs-Märkten</p>	<p>Überprüfen der Kunststoff-Richtlinie um das Erwägen einen schrittweisen Ausstieg von Kunststoffverpackungen</p>
	<p>Entwicklung umfassender Vorschriften zur Verringerung der EDC Belastung im Lebensmittelsystem, einschließlich der Überarbeitung der Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterialien.</p>	
<p><b>Im Spiel befindliche Politik:</b> UTPs, WETTBEWERB, GAP P2, KOHÄSION, PAKET ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT, BESCHÄFTIGUNG, LEBENSMITTELSICHERHEIT UND HYGIENE, ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG, QUALITÄTSREGELUNGEN, FORSCHUNG, BILDUNG</p>		



**DEN HANDEL IN DEN DIENST DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG STELLEN**

LÜCKEN UND DISKREPANZEN IN GEGENWÄRTIGEN POLITIKEN	KURZFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE	MITTEL- BIS LANGFRISTIGE MASSNAHMENVORSCHLÄGE
<p><b>Durch FHA verstärkte Exportorientierung und Rohstoff-Überspezialisierung.</b> Trotz der Verpflichtungen zur ‚Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung‘ und zum Klimaschutz unter dem Pariser Abkommen beruhen die EU Agrarhandelspolitiken (insbesondere Freihandelsabkommen - FHA) auf ständig wachsenden Exporten aus Sektoren mit hohen Emissionen wie Fleisch und Milch. Indem sie sich Machtungleichgewichte zu Nutze machte, hat die EU Handelsabkommen durchgesetzt, die die Entwicklungsländer an die sozial- und umweltschädliche Low-cost-Rohstoffherzeugung für den Export, die Importabhängigkeit von Grundnahrungsmitteln und eine Abhängigkeit von unbeständigen globalen Märkten binden. Den Klauseln für ‚nachhaltige Entwicklung‘ in den FHA fehlt es an Biss und sie werden selten angewendet.</p>	<p>Reformieren der FHA-Nachhaltigkeitsauswirkungsbewertungen zur Aufnahme: i) obligatorische Ex-ante-Bewertung von Nachhaltigkeit und Menschenrechten mit klarer Def. von Nachhaltigkeit (einschl. Gesundheit und Ernährung, Abhängigkeit von Indikatoren in Verbindung mit dem Recht auf Nahrung, Geschlecht); ii) partizipativer Verfahren; iii) Mechanismen für regelmäßige Überwachungs- und Korrekturmaßnahmen; und iv) konkreter Beratung für Verhandlungsführer</p> <p>Verstärken der Klauseln für nachhaltige Entwicklung in den FHA durch: i) eine vorschreibendere Sprache; ii) Nichtrücktrittsklauseln; iii) rechtsverbindliche und durchsetzbare Bestimmungen zur Bekämpfung von Abholzung, Landraub und MRVerletzungen; und iv) Wiederholung von IUU-Fischfanganforderungen</p> <p>Auslaufenlassen der Anwendung von Bestimmungen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS) in zukünftigen Handelsabkommen und Überprüfung von Auswirkungen der ISDS und sonstiger Investorschutzvorschriften in bestehenden Handelsabkommen</p> <p>Aufbauen eines zugänglichen Beschwerdemechanismus mit Verfahrensgarantien, die es Einzelpersonen und organisierten Zivilgesellschaften (CSOs) in EU- und Drittländern gestatten, die Nichteinhaltung von FHANachhaltigkeitsklauseln zu kennzeichnen</p>	<p>Fördern und Annehmen eines rechtsverbindlichen UNInstruments für Wirtschaft und Menschenrechte und eines UNRahmenabkommens über das Recht auf Nahrung</p> <p>Ersetzen der FHA und WPA durch ‚nachhaltige Handelsabkommen (NHA)‘, bei denen die Liberalisierung des Handels von der ordnungspolitischen Zusammenarbeit und dem Recht zur Regulierung, Diversifizierung und Wiederaufbau der Produktionskapazität für Lebensmittel abhängt</p> <p>Einführen der CO<sub>2</sub>-Steuer (Grenzausgleich) und Ausschließen von Gütern mit hohen THG-Emissionen von der Liberalisierung</p>
<p><b>Dauerdumping aufgrund von Wettbewerbsfähigkeitsunterschieden und Praktiken multinationaler Unternehmen.</b> Während die aggressivsten Agrarexportpolitiken gebremst wurden, untergräbt das ‚Dumping‘ von EUÜberschüssen weiterhin Erzeuger in Entwicklungsländern in einem Bereich von Sektoren und Regionen (z. B. Milchwirtschaft in West-/Südafrika). Dies spiegelt die zugrunde liegenden Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Erzeugern in Entwicklungsländern und den hoch subventionierten Landwirtschaftssystemen im globalen Norden sowie die Praktiken von multinationalen Agrar- und Ernährungsindustrien mit enormer Preisgestaltungsmacht wider. Währenddessen leiden EU Landwirte unter den Auswirkungen des Sozial-/Umweltdumpings von in Low-cost-Standorten erzeugten Gütern.</p>	<p>Auslaufenlassen aller handelsverzerrenden GAP-Zahlungen (Exportsubventionen, Förderungsunterstützung), Weggehen von flächenbasierten GAP-Zahlungen und Fördern der lokalen/integrierten Futtermittelerzeugung (siehe Ziel 2)</p> <p>Annehmen der Definition von Dumping, die ausdrücklich soziale, wirtschaftliche, Umwelt-, Gesundheits- und Tierschutzkriterien beinhaltet</p> <p>Zusammenfassen von Infos und Beschwerden über Dumping, sektor-/regionenübergreifend und über Zwischenländer</p>	<p>Unterstützen von territorialen/regionalen Lieferketten in der EU (siehe Ziel 4) und Drittländern via ‚Hilfe für Handel‘</p>
<p><b>Fehlende Regulierung und Umleitung von nicht nachhaltigen Investitionsströmen.</b> EU Hilfen und externe Investitionsströme haben hinsichtlich der lokalen Akteure und agrarökologischen Übergangspfade keine Priorisierung vorgenommen. Zudem ist es EU-Politiken nicht gelungen, die privaten Investitionsströme zu regulieren und von der intensiven Landwirtschaft, vom Landraub und von der Abholzung wegzuleiten. Die Selbstregulierung ist unzureichend: Die Industrie, die in Bezug auf die Abholzungsproblematik Versprechen macht, vernachlässigt weitgehend Rindfleisch und Soja, wohingegen es Unternehmen wiederholt versäumt haben, Informationen über ihre Lieferketten offenzulegen.</p>	<p>Schaffen eines One-Stop Shop Portals zur Verfolgung von Positionen, die von EU/nationalen Delegationen bei der Kommission des Codex Alimentarius (FAO-WHO) und beim Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) angenommen werden</p> <p>Aufbauen von Kapazitäten für den Ausschuss für Handel und Umwelt der WTO</p> <p>Einführen von obligatorischen Sorgfaltspflichten für alle Akteure in walddgefährdeten Rohstofflieferketten</p> <p>Einführen von Nachhaltigkeitskriterien (einschl. Artenvielfalt- und Klimaindikatoren) für EU-Hilfen und Investitionsströme, einschließlich EIP</p>	<p>Untersuchen der Aufnahme einer Klausel für nachhaltige Entwicklung und/oder eines Klimawandelerlasses innerhalb der WTO-Abkommen</p> <p>Ausweiten der Sorgfaltspflicht auf alle Agrar- und Ernährungsrohstoffe und Fischimporte</p> <p>Schaffen eines ‚gerechten Übergangsfonds‘, zur gemeinsamen Nutzung und Ausrichtung von Entwicklungshilfe, Klimafinanzierung und Antidumpingabgaben</p>
<p><b>Im Spiel befindliche Politik:</b> GAP P1 UND P2, HANDEL (WPA, FHA, ANTIDUMPING-VORSCHRIFTEN), FISCHEREI/IUU-FISCHFANG, ENTWICKLUNG, HILFE UND INVESTITION (EIP), STEUERPOLITIK, KENNZEICHNUNG/ZERTIFIZIERUNG, UTPs, NICHT FINANZIELLE BERICHTERSTATTUNG</p>		

# SCHLUSSFOLGERUNGEN

Letztlich stellt dieser Bericht einen Aufruf zum Handeln dar. Mit politischem Willen können wir diese Vision Realität werden lassen. Wir fordern die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, den Prozess in die nächsten Phasen weiter voranzutreiben und eine vollständige Vision einer Gemeinsamen Lebensmittelpolitik auszuarbeiten, die weiterhin die kollektive Intelligenz der Akteure des Lebensmittelsystems nutzbar macht. Gelegenheiten müssen wahrgenommen werden, um eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik innerhalb des Aufgabenbereichs, Überlegungen zur Governance von Lebensmittelsystemen anzustellen, zu entwickeln und zu fördern, etwas das bereits im Gange ist. Die langfristige Vision der Europäischen Kommission zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie, die jetzt erörtert wird, stellt eine wichtige einzigartige Möglichkeit dar. Der gegenwärtige GAP-Reformprozess und das Aufpolieren der Forschungs- und Innovationspolitiken stellen auch Gelegenheiten für das Einbetten des integrierten Lebensmittelsystemdenkens und für das Fortschreiten in Richtung einer Gemeinsamen Lebensmittelpolitik dar.

Die übergreifenden, grenzüberschreitenden Herausforderungen bei Lebensmittelsystemen lassen sich nur mit einer erneuerten Führung auf EUEbene erfüllen – mit einer Gemeinsamen Lebensmittelpolitik, die dazu dient, zu einem Übergang auf nachhaltige Lebensmittelsysteme zu führen, und mit sektorbezogenen Politiken, die den Binnenmarkt schützen und die Werte der finanziellen Solidarität und gerechten Entwicklung in ganz Europa und weltweit aufrechterhalten. Aber eine Gemeinsame Lebensmittelpolitik darf nicht eine weitere Politik von oben nach unten werden. Sie muss so angelegt sein, dass sie den Anliegen und Sehnsüchten der Bürger mehr Gehör schenkt und schneller auf diese reagiert. In einem Kontext, in dem GAP-Reformen, Pestizidzulassungen und Handelsverhandlungen Bürger vor den Kopf stoßen, bietet die Gemeinsame Lebensmittelpolitik einen Plan B für Europa: einen Weg, die öffentliche Politik für das Gemeinwohl zurückzufordern und erneut Vertrauen in das europäische Projekt aufzubauen.

# ÜBER IPES-FOOD

Das Internationale Expertengremium für Nachhaltige Lebensmittelsysteme (IPES-Food) bemüht sich darum, Informationsgrundlagen zu Diskussionen über die Reform von Lebensmittelsystemen durch politikorientierte Forschung und direkte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen weltweit zu liefern. Das Expertengremium bringt Umweltwissenschaftler, Entwicklungsökonom, Ernährungswissenschaftler, Agrarwissenschaftler und Soziologen sowie erfahrene Praktiker aus Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zusammen. Der Vorsitz des Gremiums wird von Olivier De Schutter, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter über das Recht auf Nahrung, und Olivia Yambi, ehemalige UNICEF-Repräsentantin in Kenia, gemeinsam geführt.

## MITGLIEDER DES PANEL

Bina Agarwal  
Molly Anderson  
Million Belay  
Nicolas Bracas  
Joji Carino  
Olivier De Schutter  
Jennifer Franco  
Emile Frison  
Steven Gliessman

Mamadou Goïta  
Hans Herren  
Phil Howard  
Melissa Leach  
Lim Li Ching  
Desmond McNeill  
Pat Mooney  
Raj Patel  
P.V. Satheesh

Maryam Rahmanian  
Cécilia Rocha  
Johan Rockström  
Ricardo Salvador  
Laura Trujillo-Ortega  
Paul Uys  
Nettie Wiebe  
Olivia Yambi  
Yan Hairong



**LINK ZUM  
VOLLSTÄNDIGEN BERICHT**

[www.ipes-food.org/pages/  
CommonFoodPolicy](http://www.ipes-food.org/pages/CommonFoodPolicy)



**LINK ZUR IPES-FOOD  
WEBSITE**

[www.ipes-food.org](http://www.ipes-food.org)



**KONTAKTIERE  
UNS**

[contact@ipes-food.org](mailto:contact@ipes-food.org)




**IPES FOOD**  
 INTERNATIONAL PANEL OF EXPERTS  
 ON SUSTAINABLE FOOD SYSTEMS

